

# Hohenstein-Ernstthal Tagesblatt

## Amtsblatt

## Anzeiger



Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gerstorf, Gernsdorf, Bernsdorf, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Reichenbach, Callenberg, Langenquersdorf, Grumbach, Trübsdorf, Kufschnappel, Wilsdorf, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Lugau, Erlbach, Pleiße, Ruzdorf, St. Egidien, Hüttengrund u. f. w.

erschint jeden Sonntag abends für den folgenden Tag und kostet durch die Austräger das Vierteljahr M. 1.55, durch die Post bezogen M. 1.92 frei ins Haus.

Fernsprecher Nr. 11.

Inserate nehmen außer der Geschäftsstelle auch die Austräger auf dem Wege entgegen auch befördern die Annoncen-Expeditoren solche zu Originalpreisen

Nr. 291.

Geschäftsstelle  
Schulstraße Nr. 31.

Mittwoch, den 15. Dezember 1909.

Brief- und Telegramm-Adresse  
Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

59. Jahrg.

Auf Blatt 340 des hiesigen Handelsregisters für die Stadt, die Firma **Hohenstein-Ernstthaler Bank, Zweiganstalt des Chemnitz Bankvereins** in Hohenstein-Ernstthal betreffend, ist heute eingetragen worden, daß die Generalversammlung vom 10. November 1909 die Erhöhung des Grundkapitals um zwei Millionen fünfhunderttausend Mark, in zweitausendfünfhundert auf den Inhaber lautende Aktien zu tausend Mark zerfallend, mithin auf zehn Millionen Mark beschlossen hat, daß die beschlossene Erhöhung des Grundkapitals erfolgt und der Gesellschaftsvertrag entsprechend abgeändert ist.

Hohenstein-Ernstthal, den 11. Dezember 1909. Königlich. Amtsgericht

### Deutscher Reichstag.

10. Sitzung, Montag, 12. Dezember.

Am Tische des Bundesrats: v. Bethmann-Hollweg und alle Staatssekretäre.  
Zwei schwebende Anträge wegen Einstellung schwebender Strafverfahren gegen die Abg. Kirsh und Stücken werden angenommen. Auf der Tagesordnung steht dann die Interpellation betreffend das Kalkülhändel. Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt sich bereit, die Interpellation im Januar zu beantworten. Damit ist dieser Gegenstand für jetzt erledigt.

Die Generaldebatte über den Etat wird fortgesetzt.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: Die elbsächsische-Lothringische Verhältnisse sind in den letzten Tagen von den Abg. v. Hertling und Soeffel berührt worden. So auch die Denkmalsfeier in Weissenburg. Es sind bei Erörterung dieser Angelegenheit im Lande manche Ueberreibungen mit unterlaufen. Es ist Tatsache, daß versucht worden ist, dem politischen Chauvinismus den Status der Toten dienstbar zu machen, aber Vorsorge getroffen worden, daß solche Ausschreitungen nicht wiederkehren. Die Beunruhigung darüber hat neue Nahrung erhalten durch die Vorgänge in Mülhausen. Die elbsächsische-Lothringische Regierung wird dafür sorgen, daß solche Herausforderungen in den Reichsländern nicht geduldet werden. Ich lehne es ab, aus ihnen allgemeine Schlussfolgerungen auf die Stimmung in Elbsäch-Lothringen zu ziehen. Ich bin überzeugt: der größte Teil der Bevölkerung Elbsäch-Lothringens erblickt darin eine schädliche Einwirkung auf ihre Beziehungen zum Reich. Kein Mensch in Deutschland denkt daran, den Elbsäch-Lothringern ihre pietätvolle Anhänglichkeit an die Vergangenheit zu verübeln. Aber es geht nicht an, daß die unter der deutschen Herrschaft geborene Generation künstlich zu Trägern von Erinnerungen gemacht wird, die nicht die ihrigen sind, die vielmehr einer vergangenen Periode ihrer Geschichte angehören. Die Bewahrung politischer Selbstständigkeit erfordert Garantien für die Interessen des Reiches, Garantien, die in erster Linie die Elbsäch-Lothringer selbst geben müssen. Jeder Schritt zu der Verwirklichung des Gedankens der Selbstständigkeit wird erschwert, wenn sich eine Agitation breit macht, die es sich zur Aufgabe macht, die Ur-Elemente des deutschen Volkstums dort zum Absterben zu bringen: das Land zu veröden. Je unüberwundener solche Bestrebungen sich ans Licht wagen, um so mehr sinkt die Reue, die Wünsche der Elbsäch-Lothringer zu erfüllen. Und um so mehr sinkt die Hoffnung, wenn die Elbsäch-Lothringer jenen Bestrebungen keinen Widerstand entgegenzusetzen und es womöglich als Sport ansehen, jene Bestrebungen zu fördern. Der Erfolg davon kann nur der sein, Schranken aufzurichten zwischen den Elbsäch-Lothringern und dem deutschen Vaterlande. Damit ist andererseits nicht gesagt, daß wir es ablehnen, den Wünschen der Elbsäch-Lothringer die Berücksichtigung zuzusprechen. Ihr Festhalten an ihrer Eigenart ist berechtigt. Es wird den inneren Frieden des Landes nur fördern und die inneren Gegensätze ausgleichen, wenn diese Stammes-Anhänglichkeit auch von den Eingewanderten geachtet wird. Je mehr man sich gewöhnt, hüben und drüben die Dinge freizubehalten von chauvinistischen Bestrebungen, desto eher wird Elbsäch-Lothringen aufhören, der Schauplatz nationaler Streitigkeiten zu sein, und desto eher wird es gelingen, Elbsäch-Lothringen zu einem wertvollen Glied der deutschen Staatenfamilie sich beizugehen. (Beifall.)

Abg. Schrader (Freis. Vgg.) schließt sich diesen Anschauungen des Reichskanzlers an. Der Reichskanzler habe neulich von einer Politik der Stetigkeit gesprochen. Damit seien die Konservativen natürlich einverstanden, denn das sei ja gerade ihre Politik. Und gerade deshalb sei ja Fürst Bülow genötigt worden, weil er eine Politik des Fortschritts wenigstens versucht habe. Redner fordert Einschränkung des Militär- und Marineetats,

verbreitet sich über Wahlrechtsfragen und bedauert, daß eine Reichstagsöffnung bei uns leider keine Reichstagsfeier sei, sondern lediglich eine Art Hof-festlichkeit darstelle.

Abg. Gans zu Putlitz (Konf.): Von einem der sozialdemokratischen Redner ist neulich gesagt worden, daß der Wortbruch Tradition der Hohenzollern sei. Ich muß dagegen entschiedene Verwahrung einlegen. (Beifall rechts. Auf Ledebours: Es ist aber historische Wahrheit! Unruhe rechts.) Es darf nicht vorkommen, daß solche strafbare Beleidigungen hier ausgesprochen werden. (Lebhafter Beifall rechts. Gelächter links, Ledebour ruft nochmals: Historische Wahrheit!) Sie werden auch im Lande mit solchen Schmähungen nicht ausrichten. Wenn die Arbeiter Geschädigte sind, werden sie erfahren, daß sie drohten wären, wenn nicht die preußischen Könige so rafflos für sie gearbeitet hätten (Zustimmung rechts, Lachen links.) Die maßlose, unbedachte Agitation gegen die neuen Steuern ist tiefbedauerlich. Ganz unberechtigt ist namentlich die agitatorische Behauptung, daß unsere Steuerpolitik namentlich auch den Mittelstand getroffen habe. Wie in der Presse, so ist auch hier wieder versucht worden, einen Druck auszuüben zugunsten einer Reform des preußischen Wahlrechts. Es ist überhaupt nicht Sache des Reichstages, einen Druck auszuüben in Angelegenheiten von Einzelstaaten. Herr Wiemer will festlegen wissen, daß die Minister Organe des Parlaments sind. Das ist das Verlangen nach parlamentarischer Regierung. Sehen Sie sich doch in den Parlamenten romanischer Länder um mit ihren Intrigen, ihren aufgewühlten Leidenschaften! Zu einem parlamentarischen Regiment fehlt uns die Disziplin!

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.): In der Zeit der Duitkows seien die Herren rechts nicht so eifrig in der Vertretung der Hohenzollern gewesen. Hätten sie damals den Soachim aufhängen können, so hätten wir am Ende jetzt die ganze Siegesallee nicht. (Große Heiterkeit.) Größer, der jetzt das Zusammengehen der Liberalen mit den Sozialdemokraten verurteilt, habe 1907 wiederholt öffentlich ausgesprochen, es sei unter Umständen besser, mit den Sozialdemokraten zu gehen, als mit den Liberalen. Er erinnere auch an das Bündnis von Zentrum und Sozialdemokraten in Bayern, abgeschlossen im — Dom zu Speyer. (Große Heiterkeit.) Die größte Bedeutung der badischen Wahlen sei, daß sie die erste Niederlage des Zentrums in Deutschland brachten. Das Zentrum sei eine konservative Jumperpartei unter fiktiver Führung. 30 Jahre habe das deutsche Volk unter der liberalen Herrschaft gelitten. Im Jahre 1909 habe endlich der Niedergang des Zentrums begonnen. Redner schließt, indem er dem Zentrum jurist: „Adieu, meine Herren, Adieu!“ (Heiterkeit, die sich steigert, als aus dem Zentrum der Gegenruf ertönt: „Adieu.“)

Abg. Fehrenbach (Zentr.) wendet sich gegen den badischen Großhaud. Solange die Liberalen, fährt er fort, unsere heiligsten Güter angreifen, vermag ich keinen Unterschied zwischen gewissen Liberalen und Sozialdemokraten zu erkennen. Ein Zusammengehen der rechtsstehenden Parteien und des Zentrums sei notwendig und liege im Interesse des Staates. (Beifall rechts und im Zentrum. Wohl links.) Aber trotzdem sind wir erfüllt von demokratischem Geiste. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Müller-Reintgen (Freis. Vp.) beantragt für die Nichtpreußen das Recht, für eine Aenderung des preussischen Wahlrechts zu agitieren, da alle Deutschen ein starkes Interesse an einem gerechten Wahlrecht in dem Staate Preußen hätten. Redner greift dann das Zentrum an, dessen Steuerpolitik aus dem eigenen Lager verurteilt worden sei. In Wahlplakaten des Zentrums von 1907 sei gesagt worden, im Gegensatz zu dem Bloßwolle das Zentrum von mehr indirekten Steuern nichts wissen, und dann habe das Zentrum 500 Millionen indirekte Steuern beschlossen, denn auch die Lohnsteuer und die anderen sogenannten Versteuern seien Steuern auf den Verkehr. Redner

wendet sich dann an den Abgeordneten Freiherrn v. Hertling: Wollen Sie wirklich Toleranz, so üben Sie auch Toleranz. Beurteilen Sie mit uns den unwichtigen religiösen Fanatismus, wie er auf den Friedhöfen sich zeigt, ändern Sie Ihr Verhalten gegenüber den Mischeben, unterlassen Sie Ihre unglückliche Paritätskniffelerei, und hören Sie endlich mit Ihrer unglückseligen konfessionellen Verbeugung und Versekung im Deutschen Reich auf. Abg. Eraberger (Zentr.) bestritt eine Mitschuld des Zentrums an der finanziellen Notlage des Reiches, sowie, daß sich das Zentrum bei der Reichsfinanzreform von politischen Sonderzwecken habe leiten lassen. Ebenso unrichtig sei es, daß ganz Deutschland von der Jumperpartei beherrscht werde, und daß das Zentrum an den Wagen der Jumper gekoppelt sei. Wenn der Vordränger dem Toleranzantrage des Zentrums nur dann zustimmen wolle, wenn das Zentrum seine Haltung nach seinen Wünschen einrichte, so lasse sich das Zentrum auf diesen Kuhhandel nicht ein. (Heiterkeit.) Zum Schluß berührte Redner noch die Wammesmannfrage.

Staatssekretär v. Schoen: In dem Mannesmann-Syndikat scheinen allerdings größere deutsche Interessen vertreten zu sein, als in dem sogenannten französischen Syndikat, aber auch in diesem seien, soviel ihm bekannt, namhafte deutsche Interessen vertreten. In der Kommission werde er darauf des näheren eingehen. Endgültige Beschlüsse würden ausgefertigt werden, bis die Kommission ein lares Bild erhalten habe. Es werde zuvor nichts Präjudizierliches gesehen. Unerhört sei der inzwischen laut gewordene Vorwurf, als habe er sich Instruktion in dieser Sache am Sonnabend von dem Vertreter einer fremden Macht erbitten. Es streife dies nahezu an Vaterlandsverrat. Er weise diesen dreifachen Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurück.

Damit schließt die erste Lesung des Stats. Der Etat geht, wie üblich, in seinen wichtigsten Abschnitten an die Budgetkommission.

Dienstag 11 Uhr: Interpellation wegen des Zwangsarbeitsnachweises des Zechenverbands. Vorher zweite Lesung von Nachtragsstats. — Schluß 7 1/4 Uhr.

### Aus dem Reich.

Die Budgetkommission des Reichstags nahm gestern den Nachtrags-Stat an unter Erhöhung um eine halbe Million, da sich die Notwendigkeit herausgestellt hat, den zur Unterstützung arbeitsloser Tabakarbeiter eingeleiteten anteiligen Betrag von 2 Millionen auf 2 1/2 Millionen zu erhöhen. Der Schatzsekretär teilte mit, daß vor Erlass der Bundesratsbestimmung die Regierung bei sämtlichen beteiligten Organisationen, sowohl denen der Arbeitgeber wie den f. ewertigkeitslichen, Informationen eingezogen habe und dadurch die hauptsächlichsten Beschwerden, die im Plenum geäußert worden sind, abgestellt worden seien. Zur Frage der Lohnsteuer erklärte der Schatzsekretär, daß sich die Berliner Sparkassen und die Städte der gegen die Erhöhung der Steuer gerichteten Bewegung nicht anschließen hätten. Von den 8000 Aktiengesellschaften haben etwa 300 die Steuerzahlung verweigert mit einem Gesamtsteuerbetrage von 8 1/2 Millionen. Da es sich um eine Reichsfrage handelt, habe das Schatzamt den Weg einer Verständigung mit diesen Gesellschaften für zulässig und zweckmäßig gehalten. 7 Millionen seien bereits bei der Reichskasse eingegangen; bezüglich des Restes schweben noch Verhandlungen. Sollten diese nicht zum Ziele führen, so werden die verbündeten Organisationen eine Nozelle im Reichstag einbringen. Der vorjährige Resolution des Reichstags auf Uebernahme des Budgets der Mannschaften auf die Reichskasse ist durch Einstellung von 3 Mill. M. in den Nachtragsstat Rechnung getragen. Die Ausführung geschieht in der Weise, daß der Betrag von 7,10 Mill. für die Unteroffiziere und 8 Mill. für die Berittenen den Leuten bar gezahlt wird und sie davon das Fugzeug bei den Bataillonen kaufen, soweit sie es nicht selbst stellen. Die Militärverwaltung ist der Ansicht, daß infolge des Wegfalls der Kontrolle dies die einfachste Regelung sei. — Die Nichteinbringung der Vorlage über die Erhöhung der Beihilfen für die Kriegsteilnehmer begründete der Schatzsekretär nicht nur mit dem formellen Bedenken wegen des Fehlens des Termins im Text des Gesetzes, sondern auch mit wesentlichen materiellen Bedenken, insofern, als die verbündeten Regierungen sich nicht dazu verstehen können, die Vorlage zu machen, ehe die Deckungs-

frage gelöst sei. Es liege ja ein nationalliberaler Mehrheitsantrag vor, aber darüber sei noch nichts entschieden. Von freisinniger Seite wurde ein Antrag angekündigt, die Deckung durch die Herabsetzung der Brandweinsteuergabe zu gewinnen. Es liegt bereits ein freisinniger Initiativantrag vor auf Gewährung der erhöhten Beihilfen, mit Wirkung vom 1. April 1910 an. — Auf Anfrage von freisinniger Seite teilte der Schatzsekretär mit, daß eine Denkschrift über die Einfuhrzölle im Reichsgeschäft fertiggestellt und den anderen beteiligten Ressorts, insbesondere dem Reichsamt des Innern und dem preussischen Handelsministerium, übermittelt worden sei. — Die Budgetkommission wird im Januar die Beratung des Hauptetats mit der Beratung der Kolonialbahnen beginnen; dann folgt der Etat des Reichsamts des Innern.

### Gegen die Schiffsabgaben.

Im Karlsruhe Ministerium des Innern fand unter Vorsitz des Geheimen Oberregierungsrates Wiener eine Besprechung der gegen die Schiffsabgaben in erster Linie interessierten badischen Handelskammern Mannheim, Karlsruhe und Freiburg statt. Zunächst wurde allseitig der Regierung der Dank für die energische Stellungnahme durch die bekannte Denkschrift gegen die Schiffsabgaben ausgesprochen und darauf hingewiesen, daß die sächsisch-badische Denkschrift alle gegen die Schiffsabgaben sprechenden Gründe ausgezehret darlege. Sie soll nunmehr in weiteren Kreisen verbreitet werden. Die badische Regierung beabsichtigt, in einer besonderen Ausarbeitung noch die sogenannte wirtschaftliche Begründung der preussischen Denkschrift der Schiffsabgaben zu erörtern. Einstimmig waren die Anwesenden der Meinung, daß die preussische Denkschrift nur geeignet sei, den Widerstand gegen die Schiffsabgaben noch mehr zu verstärken.

### Die Zahl der unbrauchbaren Militärpersonen

steigert sich von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1907 waren es, wie eine solchen Herausgebene amtliche Statistik erweist, nicht weniger wie 13886 Mann. 12831 Mann mußten durch Verfügungen der Generalkommandos gleich nach ihrer Einstellung wieder entlassen werden. 1055 Mann wurden während der Dienstzeit dienstunfähig. Etwa drei Viertel dieser Leute wurden bei der Entlassung Pensionen zuerkannt.

### Koloniales.

#### Ueber eine neue Diamantensundstelle in Deutsch-Südwestafrika

berichten die „Windhuker Nachrichten“: In den letzten Tagen ist ein gewisser August Geil aus dem gegenüber Holtams-Vogeliland gelegenen Festlandsgebiet (halbwegs zwischen Swatopmund und Lüderich) zurückgekehrt und hat 50 dort gefundene Diamanten der Bergbehörde abgeliefert. Die Steine sind klein, aber von ganz vorzüglicher Beschaffenheit. Das Gouvernement geht mit dem Plane um, im Südlichhafen ein Zollamt zu errichten, um die Ablieferung der sichtlich bei Empfangnisbuch-Holtams-Vogeliland usw. gefundenen Diamanten zu erleichtern. |

### Aus dem Auslande.

#### König Leopold auf dem Sterbelager.

Die weiteren Meldungen, die aus Brüssel über den Zustand des Königs von Belgien berichten, besagen, daß der Kranke sich des Bestes seines Zustands voll bewußt ist. Der König ist außerordentlich schwach, so daß die geplante Operation nicht vollzogen werden konnte. Sein Zustand ist so besorgniserregend, daß die Angehörigen des Monarchen, die an das Sterbelager gerufen wurden, den Kardinalerzbischof Mercier aus Mecheln in einem der Automobile des Königs holen liehen, um gegebenenfalls zur Stelle zu sein, um dem König die Sterbesakramente erteilen zu können. Die letzte offizielle Meldung von 11 1/2 Uhr gestern vormittag besagt, daß der Gesundheitszustand des Königs sich so verschlechtert habe, daß keine Hoffnung mehr besteht. Seine Auflösung wird stündlich erwartet.

#### Von dem neuen italienischen Ministerium

wird natürlich gesagt, nicht berechtigt zur Vermutung, daß unter dem neuen Ministerium die Richtung der italienischen auswärtigen Politik die geringste Aenderung erfahre, da diese im Sinne der Regierung, gleichviel welcher, im Sinne des Parla-





